

Bericht Nr. 2043 der Aufsichtskommission zum 134. Jahresbericht des Bürgerrates für das Jahr 2009

Dem Bürgergemeinderat zugestellt am 4. Juni 2010

In Erledigung ihres Auftrags gemäss § 12d Ziffer 2 der Gemeindeordnung legt die Aufsichtskommission (AK) dem Bürgergemeinderat (BGR) ihren jährlichen Bericht zum 134. Jahresbericht des Bürgerrates (BR) für das Jahr 2009 vor und berichtet gleichzeitig über die laufende Überprüfung der Verwaltung der Bürgergemeinde vom Mai 2009 bis und mit April 2010.

Der Bericht ist in folgende Kapitel gegliedert:

1. Zusammensetzung und Arbeitsweise der Kommission
2. Besondere Feststellungen
 - 2.1 Strategieprozess des Bürgerrates
 - 2.2 Aus- und Weiterbildung der Einbürgerungskommission
 - 2.3 Submissionsverfahren in der Bürgergemeinde
3. Bemerkungen und Ergänzungen zum Jahresbericht durch die AK
 - 3.1 Zentrale Dienste
 - 3.2 Christoph Merian Stiftung
4. Bemerkungen und Ergänzungen zum Jahresbericht durch die Sachkommissionen
 - 4.1 Bürgerspital
 - 4.2 Waisenhaus
5. Antrag

1. Zusammensetzung und Arbeitsweise der Kommission

Die Aufsichtskommission setzte sich wie folgt zusammen:

Dr. Dieter Werthemann, Präsident	GLP
Kurt Bachmann	parteilos
Eva Dietschy	GB
Dr. Markus Grolimund	FDP
Sereina Herzog	SP
Marcel Rünzi	CVP
Christa Zweiacker	GB + Gewerkschaften

Mit der Berichterstattung über die einzelnen Institutionen der Bürgergemeinde und über die Christoph Merian Stiftung wurden die nachfolgenden Delegationen betraut:

- Bürgerspital Sachkommission Bürgerspital
- Waisenhaus: Sachkommission Waisenhaus
- Zentrale Dienste Dr. Markus Grolimund, Sereina Herzog, Marcel Rünzi
- Christoph Merian Stiftung: Eva Dietschy, Christa Zweiacker, Kurt Bachmann

Die Aufsichtskommission (AK) hat im Verlauf des Berichtsjahres (2009) insgesamt 7 Sitzungen abgehalten.

Im 1. Semester 2009 wurden 5 Sitzungen zur Vorbereitung des Berichtes über den 133. Verwaltungsbericht 2008. Im 2. Semester 2009 wurden für das Controlling sowie der Vorbereitung der Produktesummenbudgets 2010 und der Lohnrunde 2010 2 Sitzungen durchgeführt. Zur Prüfung des Verwaltungsberichtes 2009, sowie diverser Traktanden waren im 2010 bis heute weitere 5 Sitzungen nötig.

Das Protokoll besorgte Karin Senn von den Zentralen Diensten. Für die zuverlässige Protokollführung sei der Verfasserin der beste Dank ausgesprochen. Speziell möchte die Kommission Frau Senn auch für ihre sorgfältige und kompetente Unterstützung in der Vor- und Nachbereitung der Kommissionsgeschäfte danken.

2. Besondere Feststellungen

2.1 *Strategieprozess des Bürgerrates*

Der Bürgerrat hat sich im letzten Jahr intensiv mit der Frage der strategischen Ausrichtung beschäftigt. Verhandlungen des Bürgerrates mit der Regierung haben bis heute für die Bürgergemeinde zu keinen sichtbaren neuen Ergebnissen geführt. Der Bürgerrat hat sich in Folge dessen auf das strukturelle Verbesserungspotenzial konzentriert. Die Aufsichtskommission (AK) begrüsst die Bemühungen des Bürgerrates, die Bürgergemeinde in struktureller Hinsicht verbessern zu wollen. Die AK ist der Meinung, dass dabei die wichtigeren inhaltlichen Überlegungen, nämlich, was die Bürgergemeinde zusätzlich an Aufgaben übernehmen könnte, oder wie die heutigen Aufgaben künftig organisiert werden, und welche Ziele mit der Arbeit verfolgt werden sollen, darob nicht vernachlässigt werden sollten.

2.2 *Aus- und Weiterbildung der Einbürgerungskommission*

Anhand des Controllingprozesses der Zentralen Dienste hat die AK im letzten Herbst festgestellt, dass der BR gegen 30'000.- zur Aus- und Weiterbildung der Einbürgerungskommission (EBK) aufgewendet hat. Die AK hat mit der zuständigen Bürgerrätin diesen Betrag überprüft und festgestellt, dass neben der Aus- und Weiterbildung der EBK im Auftrag auch das Erstellen eines wünschbaren Profils für zukünftige Mitglieder der EBK eingeschlossen war. Dass ein derartiges Profil erstellt wird, begrüsst die AK; ihr scheint aber der Preis für das erhaltene Paket etwas zu hoch.

2.3 *Submissionsverfahren in der Bürgergemeinde*

Die Analyse des in Kap. 2.2. beschriebenen Falles hat gezeigt, dass es in der Bürgergemeinde für ihre eigenen Mittel kein Submissionsreglement gibt. Die AK regt an, dass auch in der Bürgergemeinde wie beispielsweise beim Kanton ein Submissionsverfahren definiert wird, welches strikte eingehalten wird. Der AK scheint es beispielsweise unabdingbar, dass für Aufträge über 10'000.- mindestens drei Offerten eingeholt werden müssen.

3. Bemerkungen und Ergänzungen zum Jahresbericht durch die AK

3.1. Zentrale Dienste

Einbürgerungen

Im Berichtsjahr wurde in Zusammenarbeit zwischen dem Kanton Basel-Stadt und den drei Bürgergemeinden ein „Leitfaden“ bezüglich dem Bereich der Einbürgerung erarbeitet und als verbindliche Richtlinie verabschiedet, welche ab dem 1. Januar 2010 in Kraft tritt. Im Rahmen einer Bundesvernehmlassung zur eidgenössischen Gesetzgebung wurde von den Bürgergemeinden zwar zum Ausdruck gebracht, dass diese bei einer Gesuchseinreichung ein Mindestalter von 14 Jahren als sinnvoll erachten würden. Es fehlen aber Kriterien für die Befragung von 11- bis 14-Jährigen.

Die Befragung der Einbürgerungsgesuchsteller zur Zufriedenheit im Einbürgerungsverfahren wurde im Berichtsjahr der Einladung zur Abholung des Bürgerbriefes beigelegt. Die Rücklaufquote liegt bei 45.7% und bis auf die Frage zur Verfahrensdauer sind die Gesuchsteller zufrieden mit den Dienstleistungen der Zentralen Dienste.

Der Einbürgerungskommission wurde im Berichtsjahr dem Wunsch nach einer Weiterbildung Folge geleistet, aber bezüglich der inhaltlichen Gestaltung und Themenwahl waren die Mitglieder nicht weiter involviert. Die im Nachgang versandten Fragen zur Zufriedenheit ergaben ein positives Gesamtbild. Beachtlich ist jedoch, dass die Hälfte der Befragten (4 Personen) bei der Frage zur Einsetzbarkeit in der Praxis ein negatives Urteil abgaben.

Liegenschaften

Zum Vermögen der Bürgergemeinde tragen die Liegenschaften den höchsten Anteil bei. Der von den Zentralen Diensten für jede Liegenschaft einzeln erstellte Unterhalts- und Erneuerungsplan bietet Mieterinnen und Mietern einen intakten Wohnraum mit zeitgemäsem Komfort an. Und dies zu fairen Konditionen. Die Bürgergemeinde Basel leistet damit einen wertvollen gesellschaftspolitischen Beitrag zur Förderung guten Wohnraumes in Basel. Auf der Grundlage eines ausgewogenen Preis - Leistungsverhältnisses muss dabei eine angemessenen Rendite erzielt werden. Für die Bürgergemeinde hat die umsichtige Bewirtschaftung der Liegenschaften den Vorteil, dass ein grösserer Unterhaltsstau vermieden werden kann und damit die Liegenschaften auf Dauer eine werthaltige Anlage darstellen. Die solide Liegenschaftspolitik einer strategischen Bewirtschaftung soll Verkäufe und Zukäufe ermöglichen, soweit sie ins Liegenschaftsportefeuille passen.

Forst

Obschon der Forst aufgrund der Lage der Waldwirtschaft nach wie vor defizitär ist, fällt der Fehlbetrag im Berichtsjahr gegenüber früheren Jahren geringer aus. Auf Dauer ist die Defizitsituation nicht wünschbar. Es ist mit dem Amt für Wald beider Basel nach Lösungen zu suchen. Dabei geht es auch um mögliche Abgeltungen für Folgeaufwendungen, die sich aus der intensiven Nutzung des Waldes als Naherholungsgebiet ergeben (z.B. auch Vandalenschäden). Das Projekt Eichenwald, welches eine stärkere Wiederansiedlung von Eichenwald vorsieht, ist eine Investition, über die sich vor allem unsere Nachfahren erfreuen können, wachsen doch Eichenbäume ausgesprochen langsam. Freuen darf sich der Waldspaziergänger schon heute, bereichern und beleben doch die jungen Eichen das Erscheinungsbild des Waldes im Basler Forst.

Kiesgrube

Die Umsiedlung resp. Ansiedlung der Kreuzkröte scheint auf gutem Weg. Zumal die Kiesgrube für die Bürgergemeinde eine Ertragsposition darstellt (Kiesabbau), darf als erfreulich zur Kenntnis genommen werden, dass mit der nunmehr getroffenen und in die Umsetzung gehenden Regelung auch der Weg für die künftige Nutzung (nächste ca. 40 Jahre) frei geworden ist.

Deponie

Die Diskussionen um die Deponien in Muttenz sind nach wie vor ein Thema, dem die Aufsichtskommission die nötige Beachtung schenken wird. Zwar ist die Bürgergemeinde nicht Verursacherin möglicher Umweltbelastungen; als Miteigentümerin der Deponie Rothausstrasse ist die Bürgergemeinde dennoch von allfälligen Sanierungsmassnahmen betroffen. Aufgrund der erhaltenen Auskünfte und Detailinformationen ist die Aufsichtskommission zuversichtlich, dass sich das Haftungsrisiko für die Bürgergemeinde in Grenzen halten wird.

Stiftungen

Die Vermögensverwaltung ist für die Bürgergemeinde nach wie vor eine wichtige Aufgabe, damit insbesondere auch für Fonds und unselbständige Stiftungen die finanzielle Substanz erhalten werden kann und diese Einrichtungen auch ihren Zweck erreichen können. Nach wie vor wird der Grösste Teil der Mittel in einem Vermögensverwaltungsmandat bei der BKB verwaltet. Nach einer der wirtschaftlichen Situation entsprechenden miserablen Performance im Vorjahr (minus 10.77 %), durfte man im Berichtsjahr wieder positive Zahlen vermelden (+ 9%). Dennoch begrüsst die Aufsichtskommission die Absicht der Zentralen Dienste, das Vermögensverwaltungsmandat hinsichtlich seiner zukünftigen Ausrichtung zu überprüfen.

Rückstellungen

Auffallend sind die relativ hohen Rückstellungen von insgesamt fast 3,4 Millionen. Ein grösserer Teil davon betrifft die Liegenschaften und deren Unterhalt. In der Detailaufstellung sind aber auch Kiesgrube und Deponie mit erheblichen Rückstellungen und auch Rückstellungen für Wahlen und Abstimmungen fallen hier mit erheblichen Beträgen ins Gewicht. Die Aufsichtskommission bittet den Bürgerrat, die Höhe der Rückstellungen im Auge zu behalten und nicht ohne Grund weiter anwachsen zu lassen.

3.2. Christoph Merian Stiftung

Vermögensbewirtschaftung

Die Christoph Merian Stiftung hat im Jahre 2009 einen Gewinn von CHF 11'901'312 ausgewiesen. Dieser Gewinn versteht sich nach einer Einlage in Rückstellungen und Reserven von CHF 12'996'000. Die Basis dieses erfolgreichen Ergebnisses liegt in Baurechten, vermieteten Liegenschaften und Wertschriften. Alle drei Teile lieferten gute Ergebnisse ab, wobei die Wertschriften nach einem schwierigen Vorjahr viel Terrain gutmachten. Mit Bewertungsgewinn, Zinsen und Dividenden werden über CHF 13 Mio. ausgewiesen.

Die zurück gekauften Baurechte auf dem Dreispitz haben auch in diesem Jahr erneut einen positiven Beitrag an das Gesamtergebnis geleistet.

Der Aufsichtskommission wurden die Details der Gewinn- und Verlustrechnung erläutert. Alle Fragen zu Einzelpositionen konnten zur Zufriedenheit der Kommission beantwortet werden.

Mittelverwendung: Die Engagements aus dem Anteil der Bürgergemeinde am Ertrag der Christoph Merian Stiftung

Im Jahre 2009 wurde ein Gesamtbetrag von CHF 4,99 Mio. für rund 60 Projekte aus dem Anteil der Bürgergemeinde am Ertrag der Christoph Merian Stiftung bewilligt.

Die prozentuale Verteilung auf die drei Produktgruppen war wie folgt: Soziales & Stadtentwicklung: 86%, Natur, Landwirtschaft & Umwelt: 10%, Kultur: 4%. Innerhalb der Produktgruppe Soziales & Stadtentwicklung gibt es folgende betragsmässige Verteilung auf die drei Produkte, die die Förderschwerpunkte der Christoph Merian Stiftung bilden: Linderung der Armut: CHF 1,3 Mio., Unterstützung von Kindern/Jugendlichen: CHF 1,9 Mio. und Quartierentwicklung/Integration CHF 720'000.

Die fünf grössten Engagements im vergangenen Jahr waren: Bürgerliches Waisenhaus: CHF 510'000 (CHF 360'000 Investitionsbeitrag für die Wohngruppe Excelsior/Basilisk plus CHF 150'000 für Mittagstisch/Arbeitstraining), Merian Park: CHF 360'000, Tagesferien: CHF 335'000, Budget-/Schuldenberatung plusminus: CHF 300'000, Kinderbüro: CHF 270'000.

Mit allen Geldempfängern sind Leistungsvereinbarungen abgeschlossen worden, und entsprechend wurden auch im Jahre 2009 die Zielsetzungen und der Mitteleinsatz aller Projekte kontrolliert.

Im Jahre 2009 wurden wiederum zwei grosse (externe) Projektevaluationen durchgeführt: Kinderbüro Basel und Kultur- und Begegnungszentrum Union. Aufgrund der Evaluationen wurden entsprechende Korrekturmassnahmen eingeleitet (Konzentration auf Kernkompetenzen beim Kinderbüro und Personalkostenreduktion beim Union).

Eine Haupttätigkeit im sozialen Bereich der Stiftung im Jahre 2009 war die Erarbeitung des „Armutsbereiches Basel-Stadt“ (finanziert aus dem Ertragsanteil der Bürgergemeinde). Der Bericht wird 43 Handlungsempfehlungen enthalten und am 22.6.2010 in einem Buch im Christoph Merian Verlag publiziert und der Öffentlichkeit präsentiert.

4. Bemerkungen und Ergänzungen zum Jahresbericht durch die Sachkommissionen

4.1 Bürgerspital

Einleitung

Die Betriebsrechnung 2009 schliesst rund 3.2 Mio CHF besser ab als budgetiert. Dies ist bemerkenswert, da das Jahr 2009, wie bekannt, als Rezessionsjahr in die Schweizer Wirtschaftsgeschichte eingehen wird. Für das überraschend gute Jahresergebnis in schwierigen Zeiten gebührt dem Direktor des Bürgerspitals, der Geschäftsleitung und allen Mitarbeitenden grosser Dank.

Zur erfreulichen Entwicklung im Finanzbereich haben namentlich beigetragen:

- Konstant hohe Auslastungen in der Rehabilitation und im Betreuten Wohnen
- Hohe Fallzahlen bei der Beruflichen Integration
- Taxerhöhungen per 01.01.2009 im Bereich Betagte bei annähernd gleichbleibenden Kosten
- Geringere Kosten in den Service-Centern und der Direktion (Marketing und Kommunikation, Beratungsmandate, Personalkosten)
- Höhere Erträge aus der Sonderrechnung dank einer positiven Börsenentwicklung sowie der Neuvermietung der Leimenstrasse 55 und Mietzinsanpassungen.

Es gilt jedoch festzuhalten, dass das gute Rechnungsergebnis 2009 künftige Rechnungsabschlüsse nicht zu präjudizieren vermag, da es sich im Berichtsjahr zu einem guten Teil um einmalige und kaum beeinflussbare Finanzereignisse handelt.

Produktegruppe 1 - „Medizinische Rehabilitation“

Das zurückliegende Jahr 2009 zählt, von den baulichen Massnahmen her gesehen, zu den ruhigeren Jahren. Der dreijährige Umbau hat sich bewährt und viele Abläufe erleichtert. Dies spiegelt sich auch in einer hohen Patientenzufriedenheit wider.

Die Bettenauslastung (97,8 %) konnte auf dem seit drei Jahren herrschenden konstant hohen Niveau gehalten werden. Dies bedingt jedoch personell wie organisatorisch einen hohen Einsatz und grosse Flexibilität.

Trotz dieses betrieblichen Maximums schliesst das Jahresergebnis im Minus ab, wenn auch ein leicht höherer Ertrag erzielt werden konnte, als im Budget vorgesehen war. Die Gründe für diese roten Zahlen sind grösstenteils auf die nicht kostendeckenden vom Kanton ausgerichteten Taxen für allgemein versicherte Patienten zurückzuführen. Zudem hat auch im vergangenen Jahr die Zahl der privaten und halbprivaten Patienten abgenommen, was einem allgemeinen in öffentlichen Spitälern zu beobachtenden Trend entspricht.

Die Reha Chrischona hat mit ihren 77 Betten eine kritische Grösse. Abhilfe bieten könnte eine Erhöhung der Bettenzahl und eine zusätzliche Erhöhung der Zahl der Einzelzimmer für privat versicherte Patienten.

Trotz suboptimaler Rahmenbedingungen prüft die Reha Chrischona ein medizinisch erweitertes Therapieangebot, bietet den die Klinik verlassenden Patienten Austrittsveranstaltungen an und positioniert sich neu als Ausbildungsplatz für medizinisch-pflegerisches Personal.

Die Sachkommission bedankt sich für den qualitativ hochstehenden und engagierten Einsatz des gesamten Klinikpersonals.

Produktegruppe 2 – „Betreuung von Betagten“

Ab 1. Januar 2009 gelten für die Alters- und Pflegeheime die neuen Taxen der Abteilung für Langzeitpflege des Gesundheitsdepartements Basel-Stadt. Diese setzen sich zusammen aus, Liegenschaftskosten, Hotelkosten, Pflegekosten und Betreuungskosten. Mit der Anhebung der Beiträge des Kantons werden die hohen finanziellen Lasten der Alters- und Pflegeheime etwas entlastet. Sie trugen wesentlich zum guten Jahresergebnis der Heimrechnungen des Bürgerspitals und zum insgesamt guten Abschluss des Bürgerspitals bei. Gewiss eine erfreuliche Situation, die aber nicht darüber hinweg täuschen darf, dass das Bürgerspital als Leistungserbringer des Kantons auch künftig grosse Anstrengungen unternehmen muss, um im Wettbewerb der Anbieter von Pflegeplätzen zu bestehen. Es gilt das gute Ranking zu erhalten, welche das Bürgerspital bisher ausgezeichnet hat.

Das vom Kanton Basel-Stadt im Jahre 2008 ins Leben gerufene Konzept der Tagesbetreuung von Betagten hat die Erwartungen nur teilweise erfüllt. In Absprache mit der Abteilung für Langzeitpflege des Gesundheitsdepartements hat das Bürgerspital im Alters- und Pflegeheim Bruderholz ab November 2008 15 Plätze für die psychogeriatrische Tagesbetreuung angeboten. Dieses Konzept hat sich nicht bewährt, lag doch die Nachfrage nach Plätzen in der bescheidenen Auslastung von lediglich 4 - 5%. Bereits fünf Monate nach der Umgestaltung und nach nur drei Monaten nor-

maler Betriebsdauer musste der Betrieb wieder eingestellt und der Investitionsaufwand abgeschrieben werden. Die Prognosen des Kantons hatten sich nicht erfüllt. Andere Tagesstätten für Psychogeriatric funktionieren dagegen weiterhin erfolgreich. So verfügt der Sternenhof über Tagesplätze für die psychogeriatric Betreuung, welche weitgehend vom Felix Platter-Spital übernommen worden sind. Für eine Wiederaufnahme des Betriebes als psychogeriatric Tagesstätte besteht beim APH Bruderholz derzeit kein Bedarf.

Das Angebot eines betreuten Kochens im Alterszentrum Falkenstein musste aufgegeben werden. Die Kosten für diese sinnvolle Beschäftigung überstiegen die finanziellen Möglichkeiten.

Kommentare zu Produktgruppen

- Die sehr hohe Auslastung von über 99% zeigt, dass sich das Angebot des Bürgerspitals für Betagte am Markt behaupten kann. Die Belegung von Mehrbettzimmern bleibt ein Thema - wird dieses Angebot doch je länger je weniger akzeptiert.
- Erfreulich ist der gute Jahresabschluss des Bürgerspitals, der weitgehend durch die Taxerhöhungen begründet ist und somit nicht auf die kommenden Jahre fortgeschrieben werden kann.
- Der Soll-Wert der Zufriedenheit (90%) wird bei der stationären Belegung mit 73% deutlich unterschritten. Grund ist die Umstellung auf ein neues System mit externer Interview-Befragung, das seit 2008 Anwendung findet. Das neue System ermöglicht es, gezieltere Massnahmen und Benchmarks mit anderen Heimen vorzunehmen. Im Vergleich zu 15 anderen Heimen mit einem durchschnittlichen Zufriedenheitsgrad von 72% ist das Bürgerspital auch hier gut positioniert. Im teilstationären Bereich liegt die Zufriedenheit mit 99% drei Prozent über jener des letzten Jahres.

Produktgruppe 3 - „Betreuung und Förderung von Menschen mit einer IV-Rente“

Die Kommission nahm mit Befriedigung zur Kenntnis, dass die gezielte Förderung von Bewohnerinnen und Bewohnern, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit Rente und versicherten Personen mit einer Eingliederungsmassnahme gemäss Jahresbericht 2009 durch die standardisierten Prozessabläufe zu 100% umgesetzt werden konnte. Auch bei den Umfragen zur Kundenzufriedenheit konnten wiederum hohe positive Werte registriert werden. Man nahm zur Kenntnis, dass an der Steigerung der Zufriedenheit bei allen Kundengruppen weiter permanent gearbeitet wird. Da die Aufwendungen im Berichtsjahr weniger stark stiegen als die Erträge, konnte das Ergebnis leicht verbessert werden.

Arbeitsplätze für Menschen mit IV-Rente

Die schwierige Marktsituation und die spürbare Wirtschaftsflaute stellten vor allem die Betriebe Mechanische Werkstatt und Industrielle Montage vorübergehend vor grössere Probleme. Das Orthopädische Zentrum musste auf Ende 2009 aufgelöst werden, weil das Angebot nicht mehr den aktuellen Bedürfnissen (berufliche Massnahmen und IV-Arbeitsplätze) entsprach. Glücklicherweise konnten für alle elf Beteiligten geeignete Lösungen gefunden werden.

Berufliche Massnahmen und Integration

2009 wurden 190 Massnahmen im Auftrag der Invalidenversicherung durchgeführt. Zu dieser guten Auslastung hätten neben den ordentlichen Ausbildungen die zweijährige Ausbildung zur Hilfskraft, der Jugendförderkurs und die Integrationsmassnahmen des Belastbarkeits- und Aufbautrain-

nings beigetragen. Die Kommission nimmt gerne zur Kenntnis, dass man bestrebt ist, weitere neue Angebote zu schaffen. Ausbildungen zur Hilfskraft, die keine staatliche Anerkennung erhalten können, sind für das laufende Jahr (Mechanik) und für 2011 (Gärtnerei) geplant.

Produktgruppe 4 – „Abklärung von Klientinnen und Klienten im Hinblick auf eine berufliche Wiedereingliederung“

Kein Kommentar der Sachkommission notwendig.

4.2 Waisenhaus

4.2.1. Allgemeine Bemerkungen

Die Sachkommission hat den Jahresbericht in ihrer Sitzung vom 26. April 2010 zur Kenntnis genommen und eingehend diskutiert. Sie durfte mit großer Genugtuung feststellen, dass nach Zeiten der Turbulenz, welche oftmals in den Medien eine überhöhte und unsachliche Darstellung gefunden hat, wieder Ruhe und Konzentration auf das Wesentliche eingekehrt ist. Auf allen Stufen herrscht ein Höchstmass an Engagement. Besonders hervorzuheben ist das sicht- und spürbar gute Einvernehmen unter den Mitgliedern der Geschäftsleitung.

4.2.2. Produktgruppe Pädagogik – Heim (PG 1)

Die gegenüber dem Vorjahr leicht zurückgegangene Auslastung von 101.9 % auf 96 % erlaubte es dem Leitungsteam, sich nach Zeiten grosser Hektik wieder auf das Wesentliche zu konzentrieren. Die Auslastung bewegt sich im grünen Bereich, was mit einem Ertragsüberschuss von CHF 245'980 eindrücklich belegt wird.

4.2.3. Produktgruppe Pädagogik – Übrige (PG 2)

Einmal mehr sticht das Mittagstisch-Angebot leuchtend hervor. Die im Berichtsjahr ausgegebenen 9'100 Mittagessen bestätigen die weitere Festigung dieser Einrichtung im Quartier. Die Steigerung um 22% gegenüber dem Vorjahr führte indessen zu Mehrkosten, die einen Aufwandüberschuss zur Folge hatten. Die Kommission geht aber davon aus, dass das laufende Jahr wieder zu einer ausgeglichenen Rechnung führen wird.

4.2.4. Produktgruppe Services (PG 3)

Der ausgewiesene Ertragsüberschuss von CHF 225'674 ist erfreulich und belegt, dass gute Arbeit geleistet wurde. Dass die Erträge von Dritten ganz offensichtlich zu niedrig ins Globalbudget eingestellt wurden, bereitet der Sachkommission keine Kopfschmerzen. Entscheidend ist letztlich das positive Ergebnis.

4.2.5. Produktgruppe Kultur (PG 4)

Mit grosser Genugtuung nimmt die Kommission zur Kenntnis, dass die Erhaltung der denkmalgeschützten Bausubstanz nunmehr finanziell gesichert werden konnte. Es gebührt dem bisherigen Departementsvorsteher Paul von Gunten Dank und Anerkennung für seinen zähen Einsatz im Rahmen der Verhandlungen mit den zuständigen kantonalen Stellen.

5. Antrag

Gestützt auf die vorstehenden Ausführungen beantragt die Aufsichtskommission dem Bürgergemeinderat, den 134. Jahresbericht des Bügerrates über das Jahr 2009 zu genehmigen sowie vom Jahresbericht und der Jahresrechnung 2009 der Christoph Merian Stiftung Kenntnis zu nehmen.

Namens der Aufsichtskommission
Der Präsident: Dr. Dieter Werthemann

27. Mai 2010